

Initiativkreis

Ruhr[®]



**Industriepolitische Herausforderung für die
Energierregion Rhein-Ruhr**

**Bleibt das Ruhrgebiet in der Energiewende
einen Produktionsstandort?**

**Das Modell InnovationCity Ruhr als
Chance.**

Bodo Hombach

27. Oktober 2011

Wirtschaftspublizistische Vereinigung im Industrie-Club Düsseldorf

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich freue mich über Ihre Einladung und vor allem auf die spätere Diskussion.

Vor zweieinhalb Jahren stellte Dr. Wulf H. Bernotat als Moderator des Initiativkreises Ruhr die Idee einer InnovationCity Ruhr vor. Eine energetische Stadtteilsanierung mitten im Ruhrgebiet. Industrie, Landesregierung und betroffene Bürgerschaft sollten einen Modellstandort definieren.

Damals – noch – „eine interessante Idee“. Heute wird InnovationCity Bottrop mehr und mehr greifbare Realität. 16 Partnerstädte beteiligen sich.

Der mittlerweile irreversible Weg von InnovationCity Ruhr begann vor Fukushima. Die daraus resultierende „Energiewende“ der deutschen Politik sucht nach Konkretisierungen.

Im politischen Koordinatensystem Brüssel, Berlin und Düsseldorf soll mehr entstehen als eine Öko-Modellstadt. InnovationCity, damit es den Namen verdient, muss Blaupause werden fürs zukünftige Miteinander von Industrie, Politik und Bürgern.

In einem Wettbewerb mit 16 Ruhrkommunen haben sich die Bottroper durchgesetzt. Sie überzeugten durch Begeisterung und Initiative. 20.000 Unterschriften für die Idee des Chefs des größten deutschen Energiekonzerns lagen in der Waagschale. Die Bottroper profilierten sich erklärtermaßen nicht gegen das Vergangene, sondern für das Kommende.

Das ermutigt Mitmacher. Vor zwei Monaten traf sich eine Partnerkonferenz in der Waschkau der ehemaligen Zeche Prosper-Haniel II. Industrie und Politik legten ihre Karten auf den Tisch:

- CO₂-sparende optimierte Kläranlagen der Emschergenossenschaft, (Während eine normale Kläranlage ungefähr soviel Energie verbraucht wie eine 30.000-Einwohner-Stadt, können in einer solch optimierten Anlage durch den Einsatz von Solarenergie, Biogas, und Abwärme rund zwei Drittel der Energie selbst erzeugt werden.)
- ein weltweit einzigartiges CO₂-Forschungszentrum der Evonik AG, (Hier wird ein Think Tank entstehen, in dem mit vielen Kooperationspartnern aus Wissenschaft, Wirtschaft und gemeinsam mit der Landesregierung an innovativen Zukunftslösungen zu den Megatrends Nachhaltigkeit, Klimawandel und Demografie gearbeitet wird.)
- Modellprojekte der RWE AG sowie der E.ON AG im Bereich der Smart Grids. (Diese helfen, die erneuerbaren Energien intelligent zum Verbraucher zu bringen. Ebenso können im Bedarfsfall fossile Kraftwerke zugeschaltet werden, um die gleichbleibende Spannung im Netz zu gewährleisten.)

Auch der lokale Mittelstand nimmt Witterung auf. Das Haus Brabus, bekannt als Produzent großvolumiger 12-Zylinder Karossen, wird in ein E-Mobil-Versuchsprojekt eigene Fahrzeuge einbringen: tiefer, breiter und schneller als alles, was E-Mobile bisher zu bieten haben.

Zentrale Bedeutung hat der Umbau von 10.000 Wohneinheiten in privater Hand. Ein agiler Oberbürgermeister drückt aufs Tempo, flankiert von Personal und Know-how aus den Mitgliedsunternehmen des Initiativkreises Ruhr – vorneweg der agile Burckhard Drescher – getragen von der Landesregierung, unterstützt von der Bundesregierung und in Zukunft auch co-finanziert mit Fördermitteln der Europäischen Union.

EU-Kommissar Günther Oettinger fasste seine Begeisterung für dieses Engagement in folgende Worte: „Die Chancen stehen gut, dass Bottrop zwischen Kopenhagen oder London oder anderen europäischen Städten nächstes Jahr eine Modellregion für Europa wird.“

Ein Regionalkorrespondent befand die Partnerkonferenz als Flop. Er hat sie selbst nicht erlebt. Er ist herzlich eingeladen, sich ein Bild zu machen. Die größte japanische Zeitung „Asia Shimbun“ hat Bottrops Oberbürgermeister Tischler nach Tokio eingeladen, um mehr über die Idee InnovationCity Ruhr zu erfahren, und stellt an unser Büro ständig Anfragen. Die Japaner reagierten erstaunt und begeistert über die ferne Stadt, die den Sprung aus dem fossilen Zeitalter in die regenerative Moderne wagt.

Der Prophet gilt was im fremden Land. Selbst für Ruhris gilt: Anerkennung tut gut und beflügelt.

Energiewende als Herausforderung

Die Energiewende lockert alte Denkblockaden. Interessante Konzepte kommen auf den Tisch.

Aufgelassene Kohlegruben verwandeln sich in Pumpspeicherkraftwerke. Auf den Halden entstehen Windparks, die mit Offshore-Großanlagen konkurrieren können. Autotuner wandeln sich zu Experten der Elektromobilität, und die Bottroper Bürger werden zwar kein Volk von Dichtern, aber von Dämmern. Und das in etwas mehr als zwei Jahren. Die Zeit hat die Initiativkreis-Idee eingeholt. Laut Koalitionsvertrag von Rot-Grün soll der Emscher-Raum Standort der Klima Expo werden.

Das Ruhrgebiet war Energieland Nr. 1. Es steht ihm gut, nun auch Effizienzmeister werden zu wollen.

Große Energieverbraucher wie die Aluminiumhütte Trimet in Essen-Borbeck sind hellwach. In Zukunft werden deren größte Solaranlage Essens und die anfallende Abwärme mit InnovationCity kooperieren.

Als Moderator des Initiativkreises habe ich eine bescheidene, aber nützliche Aufgabe: Ich bringe Interessierte zusammen, vernetze Impulse und versuche, den Weg zu ebnen für neue Ideen.

Die Region verlässt alte Denkschablonen. Ihr Thema ist nicht mehr die Subventionierung des Bestehenden, sondern Investition für die Zukunft. Die Energiewende macht den Ruhr-Emscherraum zum Laboratorium für kreative Ökonomie.

Das geht nicht ohne die Menschen, die dort leben. Sie haben gelernt, mit Herausforderungen umzugehen. Sie akzeptieren ein hohes Ziel, wenn es ihnen sinnvoll erscheint.

Vor 50 Jahren sprach Willy Brandt vom „Blauen Himmel über der Ruhr“. Im Schlagschatten des Godesberger Programms von 1959 war das kein Aufruf zum Ausstieg aus der Industrie. Es war ein neues Leitmotiv für den wirtschaftlichen Strukturwandel.

Brandt hatte die alte SPD lehren wollen: Die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und die Lebensqualität der Menschen waren nicht Gegner im Ring, sondern Passagiere im gemeinsamen Boot. Nirgendwo war das damals heftiger zu erleben als im Ruhrgebiet.

Brandts Bild sollte mehr als ein politischer Slogan sein. Es war ein politisches Konzept. Fast ist das schon ein Gemeinplatz: Ökologie und Ökonomie sind zwei Seiten einer Medaille. Der optimale Standort bringt beides zusammen.

Die Formel bleibt gültig. Es ändern sich die Variablen. Heute gibt es andere Herausforderungen als zu Beginn der 1960er Jahre.

Waren es damals schroffe Gegensätze der Industriellen Revolution und der rasche Zuzug von Millionen, so sind es heute demografischer Wandel, Überalterung der Bevölkerung und die radikalen Veränderungen in der Energiewirtschaft.

Vergangene Woche stellte Wilhelm Bonse-Geuking gemeinsam mit mir die zentralen Erkenntnisse einer von der RAG-Stiftung beim RWI in Auftrag gegebenen Studie vor. Das RWI sollte im Kern das tatsächliche Potenzial der Ruhr-Region analysieren.

Die Zahlen sind interessant: Im Vergleich zum Rest NRWs und der Rheinschiene hat das Ruhrgebiet insgesamt deutlich an Boden wettgemacht, auch wenn es im Jahr 2008 mit einem BIP je Einwohner von ca. 25 800 € noch deutlich unter dem Niveau von NRW (ohne die Zahlen des Ruhrgebiets) liegt und sogar noch deutlicher unter dem Niveau der Rheinschiene (ca. 49 200 €).

Die Ruhrgebietsstädte Essen, Mülheim, Dortmund und Hagen wiesen im Jahr 2008 sogar ein höheres BIP als der Durchschnitt in NRW auf. Bochum und Duisburg liegen in Höhe dieses Durchschnitts. Dahinter zurück fallen die vier Ruhrgebiets-Kreise und die Städte Herne, Oberhausen, Hamm und, als Schlusslicht, Bottrop.

Die positive Entwicklung des Ruhrgebiets lässt sich auch im Zeitablauf erkennen: Seit 1996 ist das reale BIP je Einwohner im Ruhrgebiet nahezu stetig gestiegen. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Region spiegelt sich daneben auch in den Arbeitsverdiensten wider, die dort erarbeitet werden. Dabei entwickeln sich einzelne Städte und Kreise unterschiedlich: Essen zum Beispiel liegt über dem NRW-Durchschnitt, andere Regionen (z.B. Hamm und Gelsenkirchen) lagen 1996 noch etwa im NRW-Mittel und sind im Jahr 2008 deutlich abgefallen. Die realen Bruttolöhne waren von 1996 bis 2008 in allen Kreisen rückläufig, besonders stark in Bottrop, Wesel, Recklinghausen und Hamm, aber auch in Essen und Dortmund, in denen 1996 noch die höchsten Löhne gezahlt worden waren.

Der im Ruhrgebiet zu beobachtende langfristige Rückgang der Bruttolöhne je Arbeitnehmer bettet sich damit in die allgemeine Entwicklung des deutschen Arbeitsmarkts ein.

Und damit wächst die Bedeutung von Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung in lohnschwächeren Dienstleistungsberufen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat das Ruhrgebiet im unternehmerischen Vergleich insgesamt gut überstanden. Wer irgendwo zwischen Düsseldorf und Münster wirtschaftliches Brachland vermutet, kennt diese Zahlen nicht.

Das Bruttoinlandsprodukt der 53 Kreise und kreisfreien Städte im Ruhrverband beträgt nach letzter Messung 136 Milliarden Euro. Das entspricht dem BIP von Finnland bei vergleichbarer Bevölkerungszahl.

Ich sehe das Ruhrgebiet nicht als eingegrenztes Areal mit „Wall und Graben“. Vor allem in den großen Städten wie Köln, Düsseldorf, Essen, Dortmund, Münster oder Bielefeld sind die Pendlersalden deutlich positiv.

Auch die RWI-Studie bestätigt: Die Arbeitsmarktzentren im Ruhrgebiet sind intensiv mit anderen vernetzt (z. B. der Rheinschiene oder dem Kreis Wesel).

Das heißt: Wir sind umgeben von wichtigen Nachbarn. Mit deren Wirtschaft und Kultur sind wir eng verwoben. Die mittelständische Infrastruktur, die flexiblen Spezialisten von Sauer- und Münsterland – ich nenne sie gern Unternehmer der „flexiblen Spezialisierung“ –, die Stärken des Bergischen Landes und des Niederrheins gehören zum Erfolg der Region wie der industrielle Kern. Schubladen wie Großindustrie und Mittelstand, Kleinbetrieb und wirtschaftlich Selbstständige sind gestrig. Kleine und Große bilden heute übergreifende Netzwerke und ignorieren heiter alte Grenzlinien. Sie haben übrigens wenig am Hut mit planerischen Großstadtvisionen oder Metropolenträumen. Die Chancen der Region liegen in funktionierender Kooperation sich gegenseitig ergänzender und weiter multiplizierender Netzwerke.

Das sehen der Initiativkreis Ruhr und die RAG-Stiftung genauso. Die angesprochene Studie trägt übrigens den passenden Titel: „Den Wandel gestalten – Anreize für mehr Kooperationen im Ruhrgebiet“.

Neue Kooperations-Strategien sollen das Ruhrgebiet attraktiver machen. Heißt: Die wirtschaftlich so unterschiedlich leistungsfähigen Kommunen der Region müssen sich neu vernetzen, um ihre Potenziale besser auszuschöpfen. Kleine und Große müssen übergreifende Netzwerke entwickeln und die alten Grenzen bewusst ignorieren.

Die Studie rät: Statt noch viele Jahre zu warten, bis ein einheitliches Ruhrgebiet als Voraussetzung für eine gemeinsame Interessensvertretung aller Bürger im Ruhrgebiet entsteht, sollten die Möglichkeiten, die das Ruhrgebiet im bestehenden administrativen Rahmen durch Kooperationen voranbringen, intensiv genutzt werden.

Deshalb wird die RAG-Stiftung einen Kooperationswettbewerb des Initiativkreises Ruhr finanziell fördern, der im Januar 2012 startet: In drei Preiskategorien werden Kommunen, gemeinnützige Vereine oder Verbände sowie Bürger eingeladen, neue Ideen für erfolgreiche und vor allem kommunale Grenzen überschreitende Kooperationen zu entwickeln. Dabei sollen auch die an das Ruhrgebiet angrenzenden Gemeinden einbezogen werden – dies auch eine direkte Lehre aus der RWI-Studie.

Unternehmen tun schon meist, was ihnen nützlich erscheint. Bürokratien neigen dazu, sich bis zur Trägheit zu erweitern. Neue bürokratische Großstrukturen und zentralere Verwaltungen tragen wenig zur Leistungsfähigkeit des Rhein-Ruhr-Raumes bei. Die Probleme sind einfacher dort zu lösen, wo sie auf den Nägeln brennen. Man kann Schmerzen nicht an eine Zentrale delegieren. Warum sollte man von dort den nötigen Heilungseifer erwarten? Dortmund ist anders als Duisburg und Mülheim anders als Herne. Das zwingt zu klugen subsidiären Lösungen; sicher auch in der Energiepolitik.

Erfolgreiche Personalpolitik macht Nähe zu einem wichtigen Faktor. Gerade vor dem Hintergrund demografischer Veränderungen und wachsenden Bedürfnisses nach Lebensqualität – etwa bei jungen Familien.

Die RWI-Studie hat der Wechselbeziehung zwischen regionalwirtschaftlicher und demografischer Entwicklung viel Aufmerksamkeit geschenkt.

Die natürliche Bevölkerungsentwicklung ist im gesamten Ruhrgebiet negativer als im restlichen NRW. Bezüglich der demografischen Entwicklung stellt das Ruhrgebiet insgesamt einen homogenen Raum dar. Dies bedeutet, dass sich alle Regionen des Ruhrgebiets zukünftig ähnlichen Herausforderungen stellen müssen.

Allerdings: Die größten Städte werden mit einer jüngeren Durchschnittsbevölkerung voraussichtlich vor geringeren demographischen Problemen stehen als die kleineren Städte. Für sie ergibt sich eine andere große Herausforderung:

Produktivität und Leistungsfähigkeit entstehen mit der Verfügbarkeit des Wissens, viel weniger über preiswerte Flächen an Grund und Boden.

Gestatten Sie mir einen Einschub: Nokia verließ die Wissensregion Ruhr, um in Rumänien billig zu produzieren. Trotz schwarzer Zahlen verschleuderte der Betrieb in Bochum wichtigen Wissensboden an seinen Mitbewerber RIM. Keiner

der ehemaligen Nokia-Ingenieure ist heute arbeitslos. Das sind aber viele Rumänen, die drei Jahre lang bei Nokia arbeiteten, ehe der Betrieb weiterzog.

Ruhr-Universitäten und Fachhochschulen bieten eine exzellente Ausbildung. Unser Problem ist es, kluge Köpfe nach dem Examen hier zu halten. Die Lebensumstände für Wohnen, Freizeit, Familie lassen Wünsche übrig. Das behindert bei jungen Leuten ein herzhaftes: „Ja, ich engagiere mich hier in einem Unternehmen oder ich gründe gar selbst eines.“

Davon profitieren die mittelständischen Unternehmen in Baden-Württemberg oder Konzerne wie Siemens in Erlangen. Wir schreiben an Rhein und Ruhr nicht mehr die Geschichte des Niedergangs der Schwerindustrie, sondern des Aufstiegs der jungen Universitäten. Im Zusammenspiel mit kleinen Unternehmen werden marktfähige Produkte hergestellt.

Zum Beispiel Dortmund. Die Technische Universität wurde vor mehr als 30 Jahren gegründet und hatte die ersten Informatiklehrstühle im Lande. Heute ist sie ein Treibhaus der wichtigen IT-Industrie des Landes. Wahrscheinlich findet der IT-Gipfel der Bundesregierung deshalb im nächsten Jahr in Dortmund und Essen statt.

Im Umfeld der Dortmunder Universität sind Tausende von Arbeitsplätzen entstanden. Der gesamte Wirtschaftsraum Westfalen wurde belebt. So wie Dortmund schnell die Zeichen der Zeit erkannt hat, wollen auch andere Städte von der Transformation der Energiewirtschaft profitieren. Schon heute gibt es am Standort Bottrop die neu gegründete Hochschule Ruhr West. Sie legt ihren Akzent auf Fächer rund um die Energieeffizienz. Zarte Pflänzchen! Noch! – Aber so fangen auch Mammutbäume an. Wir wissen schon von Victor Hugo: „Nichts ist mächtiger als eine Idee, deren Zeit gekommen ist“.

Gewiss gibt es einzelne Stimmen in Verbänden oder Betrieben, welche die Energiewende als politisches Diktat lesen. Ihr entsprechend skeptisch gegenüber stehen. Das Gros der Manager und verantwortlichen Unternehmer bekennt sich zur neuen Situation. Ich nenne Dr. Heinrich Hiesinger, den Vorstandsvorsitzenden von ThyssenKrupp, einem Ruhrgebietsunternehmen schlechthin. Er akzeptiert die politischen Fakten als Rahmen für langfristiges wirtschaftliches Handeln.

Larmoyanz war und ist kein Markenzeichen der Region.

Warum die Energiewende gut für die Region sein kann.

Die politisch gewollte Transformation im Energiebereich hat das Ruhrgebiet nicht gelähmt, sondern beflügelt seinen Ehrgeiz und hat Pläne beschleunigt.

Die politische Gleichung für den Energiemix der Zukunft hat zahlreiche Unbekannte. Wir wissen, dass wir an vielen Stellen Neuland betreten und nicht immer positive Ergebnisse erreichen werden. Ganz sicher wissen wir aber: Das Starren auf negative Begriffe wie Ausstieg, Deindustrialisierung oder Ausfall ist wenig hilfreich.

Wir brauchen den Ausbau unserer mentalen Ressourcen, um Brachen bei den grauen Zellen zu rekultivieren. Das gilt auch für das Kommunikationsverhalten der Industrie. In Zukunft wird keine politische Partei ihre Bataillone für industrielle Großprojekte ins Feld schicken. Die Industrie wird sich selbst in den gesellschaftlichen Diskurs begeben und für Zustimmung werben müssen.

Die Industrie wird ihr Wissen teilen müssen. Es wird notwendig sein, Kenntnisse für Bürger aufzubereiten und verständlich darzustellen. Die Kommunikationsfähigkeit eines Unternehmens wird über seine Zukunftsfähigkeit mitentscheiden.

Wir werden es besser machen müssen, als es die Politik gelegentlich tut. Wir werden uns nicht hinter dem Mantra „alternativlos“ verstecken. Akzeptanz ist das Ergebnis von Diskurs. Die Industrie wird die Bürger nur durch positive Mobilisierung erreichen. Wer auf den Märkten bestehen will, braucht den Rückhalt der Gesellschaft.

Als Alfred Herrhausen 1989 den Initiativkreis ins Leben rief, tat er dies in kluger Voraussicht nicht nur mit einem der bedeutendsten Energiemanager seiner Zeit, Rudolf von Bennigsen-Foerder, sondern mit gesellschaftspolitisch wichtigen Repräsentanten wie Franz Kardinal Hengsbach und dem Bergarbeiterführer Adolf Schmidt.

Herrhausen brachte die Herausforderung der Zukunft bereits 1989 auf einen einfachen Satz: „Trennendes darf es nicht geben. Die Probleme der Gegenwart und Zukunft können wir nur gemeinsam lösen.“

Ich bin mir sicher, Herrhausen hätte noch heute Freude an seinem Initiativkreis.

Vielen Dank!